

Helfen statt reden - DIE LINKE. bürgernah, sozial und für Frieden!

Kooperationsvereinbarung zwischen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und DIE LINKE. in Tempelhof-Schöneberg



DIE LINKE. Tempelhof-Schöneberg und die Linksfraktion in der BVV Tempelhof-Schöneberg erklären: Die Zählgemeinschaft aus Grünen und SPD hat nach der Wiederholungswahl ihre Mehrheit verloren. Deshalb sind beide Parteien auf uns zugekommen, um mit uns über eine vertiefte Kooperation zu sprechen.

Für uns war klar, dass eine Zusammenarbeit nur infrage kommt, wenn konkrete Projekte für die Menschen im Bezirk umgesetzt werden können. Nach sechs intensiven Gesprächsrunden mit Vertreter:innen von Bündnis90/Die Grünen, SPD und DIE LINKE haben wir uns auf diese gemeinsame

Vorhaben verständigt: Wir wollen das Haus der Jugend für die selbstverwaltete Jugendarbeit prioritär umsetzen, mit dem Ziel eines Aufstellungsbeschlusses noch in dieser Wahlperiode. Wir setzen uns ein für die attraktivere Gestaltung und Schaffung von Angeboten in der Großwohnsiedlung Marienfelde.

Bedrohte Kleingärten sollen mindestens bis Ende der Wahlperiode erhalten bleiben, hierzu gehört auch die Kleingartenanlage Eschenallee. Nun geht es darum, diese Zeit zu nutzen und endlich mit den Kleingärtner:innen ins Gespräch zu kommen. Die Gemeinschaftsschule wird weiter auf ihren Flächen ausgebaut werden. Das ist uns ein besonderes Anliegen.

Auch im Bereich Soziales können wir verschiedene Projekte voranbringen, beispielsweise eine Ausweitung der Energieschuldenberatung für den Schöneberger Norden und den südlichen Teil des Bezirks.

Konservative und rückschrittliche Politik wollen wir verhindern und Initiativen für das Gemeinwohl befördern.

Daher bleiben wir unserer Linie treu:

Wir unterstützen weiterhin die Menschen vor Ort bei strittigen Bauvorhaben, setzen uns für den Erhalt von Grünflächen und einer Verkehrspolitik von unten ein. Ebenso bleiben wir an der Seite der Beschäftigten sowie der Anwohnenden und unterstützen ihre Forderung, das Wenckebach-Klinikum trotz Verlagerung in das AVK zu erhalten.

Gegenleistung für die Sicherung dieser Politik ist die Unterstützung der Bezirksamtsmitglieder von Grünen und SPD Jörn Oltmann als Bezirksbürgermeister sowie Saskia Ellenbeck und Oliver Schworck als weitere Stadträt:innen.

Fortsetzung auf S. 4

BVV am 22. März 2023

Sauberkeit in unseren Schulen lässt zu Wünschen übrig

In einer Großen Anfrage (Drs. 455) von den Grünen ging es wiederholt um das Defizit in der Schulreinigung. Stadträtin Schöttler (SPD) beantwortete die Anfrage, dabei wurde vielen Verordneten nochmals deutlich, wie dringend hier Abhilfe erforderlich ist. Die Mängelliste ist lang, von kleinen Mängeln bis zu Komplettausfällen. Besonders in Grundschulen ist die in Folge (wegen der Mängel) gekürzte Monatsrechnung der Reinigungskräfte auffallend. Trotzdem könne man den Reinigungsfirmen leider nur punktuell für einzelne Standorte kündigen, außerdem sei es schwierig, geeignete Nachrückerfirmen zu finden. Bei der miesen Bezahlung der Arbeitskräfte ist dies auch nicht verwunderlich. Es würden zwar alle Sanktionsmöglichkeiten genutzt, so Schöttler, jedoch löst dies nicht wirklich das Problem der Verschmutzung in den Schulen, insbesondere in den Toiletten. Abhilfe kann nur die Rekommunalisierung der Schulreinigung sein. Dafür setzt sich DIE LINKE ein, für faire Bezahlung und ausreichend Personal. Die Rekommunalisierung wurde auf Landesebene und im Bezirk angestoßen. Wenn die CDU, die jetzt die Mehrheit hat, dies

auf Landesebene nicht verhindert, wird sich in dieser Richtung etwas verändern, aber nichts desto trotz, müssten schon heute Maßnahmen getroffen werden und da sollte auch nicht gespart werden.

BVV nach der Wiederholungswahl

Die erste BVV nach der Wahlwiederholung am 12. Februar verlief ungewöhnlich scharf im Tonfall der CDU, denn sie wollte überhaupt keine Behandlung der Tagesordnung. Entsprechend versuchte sie zu bremsen und insgesamt für Unmut zu sorgen, wo es ihr möglich war. Es fing schon damit an, dass sie sich weigerte, dass im Ältestenrat eine Beschlussliste von Drucksachen erstellt werden konnte und alle Drucksachen auf der Tagesordnung der BVV standen. Aber am größten war ihre Verärgerung, dass sie es nicht schaffte, den jetzigen Vorsteher Stefan Böltes (SPD) abzuwählen. Dafür haben sie trotz ihrer 19 Sitze nicht die Mehrheit. Die nächste BVV findet am 26. April statt, da soll dann der Bürgermeister, der von der ehemaligen Zählgemeinschaft vorgeschlagen wird, gewählt werden.

Elisabeth Wissel

BVV am 26. April 2023

Umgehung der rechtlichen Vermietung durch Nießbrauchsrecht

Die Mündliche Anfrage von DIE LINKE. zu einem Wohnobjekt in Schöneberg bezüglich unüblicher Überlassung von Wohnraum per Nießbrauchsrecht und was dies letztendlich für die Nutzer:innen bedeutet, wurde von Stadträtin Schöttler (SPD) schriftlich beantwortet. Dabei geht es um das Wohneigentum in der Geisbergstraße 40, bei dem das Mietrecht nicht gelten soll. „Es könnte sich demnach um eine Umgehung des Mietrechts insbesondere der Regelungen zur Miethöhe handeln.“ Der Eigentümer, der im Bezirksamt auch wegen Zweckentfremdungs-Verfahren aufgrund von Leerstand, bekannt ist, versucht nun abweichend vom Mietrecht das Maximale aus seiner Immobilie herauszupressen. Auch denkmalschutzrechtlich nimmt der Eigentümer es nicht so genau, wo ihm ebenso ein Verfahren vom Bezirksamt anhängig ist. Besonders asozial, neben der Anwendung des

Nießbrauchsrechts, ist die Nichtinstandsetzung, womit er der zunehmenden Baufälligkeit des Gebäudes Vorschub leistet. DIE LINKE findet, dass diese rechtlichen Schlupflöcher, wie auch viele andere Zugeständnisse an die Eigentümer zum Nachteil der Mieter:innen, endlich geschlossen gehören. Aber das würde ja dem kapitalistischen System widersprechen.

Nicht für alle ist Beschulung im Bezirk gewährleistet

Das Recht auf Schule im Bezirk umzusetzen, ist derzeit eine der großen Herausforderungen und wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Das ergab die Antwort auf die Mündliche Anfrage von DIE LINKE. Zwar erklärte Stadtrat Dolase (parteilos): „Auch unter den aktuell schwierigen Rahmenbedingungen kommt das Schul- und Sportamt seinem gesetzlichen Auftrag zur Sicherung der Schulpflicht nach.“

Helfen statt reden - DIE LINKE. im Rathaus ist für Sie da!



Katharina Marg

*katharina.marg[at]
linksfraktion-ts.de*



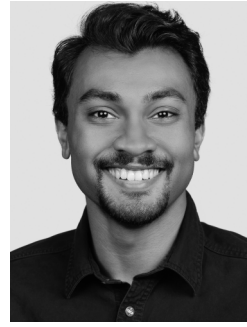
Harald Gindra

*harald.gindra[at]
linksfraktion-ts.de*



Dr. Christine Scherzinger

christine.scherzinger[at]linksfraktion-ts.de



Martin Rutsch

Stellvertretender
Fraktionsvorsitzender
*martin.rutsch[at]
linksfraktion-ts.de*



Elisabeth Wissel

Fraktionsvorsitzende
*elisabeth.wissel[at]
linksfraktion-ts.de*
Tel: 0170 92 69 905

Bei genauerem Hinsehen heißt es jedoch: „...zusätzliche 19 im Aufbau befindliche Willkommensklassen bereitzustellen...“, was noch nicht erfolgt ist. Auch gibt es für die Beschulung von 263 Kindern und Jugendlichen noch keine Lehrkräfte. Insgesamt suche man 19 Vollzeitkräfte. Der teilweise Anfang der Beschulung in der Teske-Schule soll Anfang Mai starten. Bei allem Verständnis, dass nicht von heute auf morgen alles sofort umgesetzt werden kann, ist es doch symptomatisch im Land, im Bezirk keinerlei Reserven für Bildung zu haben.

Das Tempelhofer Feld braucht keinen erneuten Volksentscheid

Auf eine Willensbekundung (Drs. 543) der AfD, hat DIE LINKE. mit einem Ersetzungsantrag reagiert, denn die Willensbekundung ist nicht eindeutig für den Erhalt des Feldes. Vielmehr sagt die AfD: „Änderungen dieses Gesetzes sollten nur im Rahmen eines Volksentscheides herbeigeführt werden.“ Damit suggeriert sie jedoch indirekt die Notwendigkeit einer erneuten Befragung. Wir als LINKE sagen Nein: Wir brauchen weder eine Volksbefragung, noch einen erneuten Volksentscheid für das Tempelhofer Feld. Die Bedingungen und der Bedarf bzgl. Tempelhofer Feld hat sich in keiner

Weise geändert, das Erfordernis hat sich durch die großen Besucherströme mit über 70.000 Besucherinnen und Besuchern pro Tag übertroffen. Eine erneute Befragung zur Änderung des Gesetzes würde nicht nur den Willen zur Erholung, Sport u.s.w., als auch, wie in der Pandemie erlebt, die Gesunderhaltung der vielen Nutzerinnen und Nutzer ignorieren, sondern auch der großen und immer wichtiger werdenden Bedeutung des Feldes als Kaltluftschneise für den Arten- und Klimaschutz. Der aktuelle Vorstoß der CDU und der Berliner SPD-Spitze über eine Bebauung des Tempelhofer Feldes ist besorgniserregend. Bauen sollte dort umgesetzt werden, wo es schon lange B-Pläne gibt und auch die infrastrukturellen Voraussetzungen gegeben sind (alleine von 16 Stadtquartieren war in den letzten Jahren immer wieder die Rede), die aber noch nicht Gestalt angenommen haben. Das bedeutet, es sollte gebaut werden, wo Flächen schon erschlossen sind, und nicht zusätzliche Erschließungskosten (vom Land übernommen), den Investoren auf dem Silbertablett präsentiert werden.

Elisabeth Wissel

Büro und Erreichbarkeit

im **Rathaus
Schöneberg:**
John-F.-Kennedy-
Platz 1,
10825 Berlin
Raum 2115
Tel:
030 /90 27 74 898
(Neu:
030 26 59 34 86)
E-Mail: *kontakt[at]
linksfraktion-ts.de*
Sprechstunde:
Mittwochs
15 - 17 Uhr

Kooperationsvereinbarung zwischen Bündnis 90/Grüne, SPD und DIE LINKE. in Tempelhof-Schöneberg

Fortsetzung von Seite 1

Der BVV-Vorsteher und seine Stellvertreterin wurden durch unser Votum bereits im Amt bestätigt. Unsere Fraktion erhält vier Bürgerdeputierte in den Ausschüssen Soziales, Verkehr, Kultur und Stadtentwicklung, die unsere Arbeit kompetent unterstützen werden.

Die Vereinbarung wird am kommenden Dienstag bei einer erweiterten Sitzung des Bezirksvorstands vorgestellt und zur Abstimmung gestellt. Die Zustimmung ist Voraussetzung für eine Unterzeichnung, die für den 17. April angesetzt ist.

*Martin Rutsch, Bezirksvorsitzender
Elisabeth Wissel, Fraktionsvorsitzende*

Eine neue Parteispitze für die Berliner LINKE.



Offensive zu gehen, DIE LINKE als Mitgliederpartei zu stärken und gemeinsam mit allen Genoss*innen soziale und ökologische Politik für die Stadt zu machen.

Ebenso haben wir uns bei unseren Senator*innen Katja Kipping, Klaus Lederer und Lena Kreck bedankt. Klaus hat in seinen 6 1/2 Jahren als Kultursenator viele wichtige Impulse für die Kulturpolitik hinterlassen –

Am 13. und 14. Mai kam die Berliner LINKE für den Landesparteitag zusammen. Über zwei Tage wurde viel diskutiert und ebenso viel gewählt. Gemeinsam haben wir unsere neue Rolle als Oppositionspartei besprochen und für uns heißt das: wir sind die Abrissbirne der Wegner-Regierung! 2026 wird die schwarz-rote Koalition abgewählt werden, die für die Stadt Stillstand oder Rückschritte bedeutet.

Auch haben wir zum ersten Mal eine Doppelspitze für die Berliner LINKE gewählt: Franziska Brychcy und Maximilian Schirmer sind nun beide Co-Vorsitzende unseres Landesverbands. Sie lösen damit Katina Schubert ab, die nach 6 1/2 Jahren als Landesvorsitzende aufgehört hat. Wir danken Katina für ihren unermüdlichen Einsatz und ihre viele wichtige Arbeit, mit der sie die Berliner LINKE geeint und ihre Stärken in den Vordergrund gestellt hat. Franziska und Max sind hochmotiviert, in die

den Museumssonntag oder den Kultursommer, z.B. – und die Kulturszene erfolgreich durch die Corona-Pandemie begleitet. Damit hat er sich den Zuspruch fast der ganzen Berliner Kulturlandschaft gesichert. Lena und Katja haben sich in ihrer unerwartet kurzen Regierungszeit ebenso Respekt verschafft, entweder bei der Arbeit mit den Geflüchteten aus der Ukraine oder beim Vorantreiben der Entkriminalisierung des Fahren ohne Fahrscheins.

Neben der neuen Doppelspitze wurde auch ein neuer Landesvorstand gewählt. Dieser wird bald die Beschlüsse des Parteitags mit Leben füllen und die Genoss*innen starten bereits jetzt hochmotiviert in die Arbeit. Und natürlich wurde auch eine neue Landesschiedskommission und eine neue Landesfinanzrevisionskommission auf dem Parteitag gewählt.

DIE LINKE. Berlin News

Das Ende von RGR - Ein Anfang

Der 27. April 2023 – die Wahl von Kai Wegner zum Regierenden Bürgermeister von Berlin – markiert eine Zäsur in der Berliner Landespolitik. Der letzte Regierende Bürgermeister mit einem Parteibuch der CDU war vor 22 Jahren Eberhard Diepgen. Dieser war mit einer kurzen, aber wichtigen Unterbrechung seit 1984 der Chef im Roten Rathaus. Am 16. Juni 2001 wurde er in Folge des Bankenskandals mit Hilfe eines konstruktiven Misstrauensvotums abgewählt. Die CDU hatte nachhaltig das Vertrauen der Wählerinnen in Berlin verspielt. Alle Anläufe der CDU Vertrauen, Wählerstimmen und den Senatschef zurückzugewinnen, blieben seitdem erfolglos.

Die politisch linken Parteien schlossen von diesen stetig fehlschlagenden Versuchen auf eine sich manifestierende linkslibertäre Wählerschaft in der Metropole Berlin. Zu Recht? Der Erfolg der Berliner CDU unter Kai Wegner, bei der durch das Urteil des Landesverfassungsgerichts notwendig gewordenen Wiederholungswahl, stimmt zumindest nachdenklich. Spülten die CDU noch vor allem der Kulturkampf um das Freiheitssymbol Auto und eine rassistisch motivierte Vornamenabfrage im Nachgang zu den Silvesterkrawallen an die Spitze der Parteien.

Sosehr der Wahlkampf von Polarisierung geprägt war, so schnell schlug Kai Wegner nach dem Wahlerfolg versöhnlichere Töne an. Verständlich ob der Tatsache, dass die gewonnene Stärke einer immer noch vorhandenen parlamentarischen Mehrheit von SPD, Grünen und LINKEen entgegenstand. Die SPD unter der Führung von Franziska Giffey brauchte allerdings nicht lange, um einen Ausweg aus der für sie belastenden Dreierkonstellation zu finden. Die Sondierungen, wie auch das daraus entstandene Sondierungspapier der SPD, waren wohl kaum mehr als ein Theaterstück um der eigenen Basis ein Zweierbündnis mit der CDU schmackhaft zu machen. Das Kalkül der Spitze der SPD ging jedoch nicht wirklich auf. Die vorhandene Mehrheit im Landesvorstand vermochte gerade einmal knapp die Hälfte der eigenen Basis vom „Besten“ für Berlin zu überzeugen. Mit dem Ergebnis des Mitgliederentscheidens – einer Mehrheit auf einem Parteitag war die Führung wohl nicht sicher – war der Weg schließlich frei für das Ende einer progressiven Veränderungscoalition.

Nun gilt es, einige vermeintliche Gewissheiten zu

hinterfragen. Denn: Die SPD hat sich nicht erst nach der Wahl, sondern bereits vor deutlich längerer Zeit aus diesem Bündnis verabschiedet, ja die erfolgreiche Arbeit streckenweise sogar regelrecht torpediert. Das Mantra der auf Spaltung angelegten Politik wurde dabei lautstark von Vertreterinnen der Sozialdemokratie vorgetragen. In dieser Kakophonie der Regierungspartnerinnen konnte kein Zielbild einer sozial, ökologisch und ökonomisch resilienten Metropole entwickelt oder gemeinsam getragen werden.

Das Fehlen dieses gemeinsamen Zukunftsbildes sorgte zudem dafür, dass es nicht gelingen konnte, die diversen Akteurinnen der Stadtgesellschaft in ihren unterschiedlichen Bedürfnissen konsequent für den Weg eines notwendigen Umbaus Berlins zu begeistern.

Die nächsten drei Jahre in der Opposition werden wir gemeinsam intensiver über die Konzepte, die notwendigen Schritte und die Zielbilder sprechen müssen. Nah an den Menschen und ohne avantgardistischen Hochmut. Der nächste Kampf um das Rote Rathaus muss inhaltlich, konzeptionell und bündnispolitisch tragfähiger vorbereitet werden. Berlin war vor 100 Jahren der Innovationsmotor einer sich radikal beschleunigenden Verstädterung. Die konservierende Union an der Spitze unserer Stadt stoppt die heute notwendige Innovationsdynamik. Das Beste für Berlin ist deren Ablösung in dreieinhalb Jahren. Daran sollten und müssen wir arbeiten.



Sebastian Scheel MdB

www.sebastianscheel.de
[kontakt\[at\]sebastianscheel.de](mailto:kontakt[at]sebastianscheel.de)

KIEZBÜRO

Kaiserin-Augusta-Str. 75
12103 Berlin

Tel: (030) 66 86 42 45
Di., Mi., Do. : 10-16 Uhr

Sprechstunden:

Sebastian Scheel:
2. u. 4. Do. 12-14 Uhr
Elisabeth Wissel, BVV:
1. Mo., 16-18 Uhr

Sozialberatung

Doris Hammer:
2. u. 4. Do., 15-17 Uhr

Sebastian Scheel

Die BVV am 17. Mai 2023

Kiezblock-Initiativen im Bezirk nehmen zu

Mit einer Großen Anfrage (Drs. 621) brachte DIE LINKE das Thema Kiezblocks (verkehrsberuhigte Maßnahmen) in die BVV ein, da sich seit einigen Monaten immer mehr Initiativen für verkehrsberuhigte Kieze einsetzen. Stadträtin Ellenbeck (Grüne) berichtete, dass es in unserem Bezirk inzwischen 10 ihr bekannte Initiativen gäbe. Neben mehr Sicherheit für alle, gehe es den Bürgerinnen und Bürgern vor allem um die Regulierung des Durchgangsverkehrs mit verschiedenen Maßnahmen. Auf die Frage nach der möglichen zusätzlichen Belastung derjenigen, die an den Rändern der Kiezblocks leben, versuchte sie dennoch eher den Erfolg von Kiezblocks schön zu reden: „Es findet nach Umsetzung der Maßnahmen nicht der gleiche Verkehr woanders statt, sondern stattdessen gibt es eine Verkehrsvermeidung oder eine Verlagerung auf andere ökologischere Verkehrsmittel.“ Die Debatte darüber war durchaus kritisch, da die Meinung vorherrschte, dass Kiezblocks sich nicht ausschließlich positiv im näheren Straßenumfeld einpassen lassen. DIE LINKE ist nicht per se für oder gegen Kiezblocks. Erfreulich ist zunächst das Engagement von Anwohnenden mit Recherche und Befragungen über Monate und Jahre in ihrem Viertel für ein verkehrlich gutes Zusammenleben. Sie wollen gerne eine gute Lösung für alle finden, die ist jedoch nicht immer im gewünschten Maße umsetzbar. Wichtig ist uns die genaue Prüfung und Verkehrsprognose in den angrenzenden Quartieren, wenn es um den Aspekt, Verkehr aus dem Kiez herauszunehmen, geht, neben einem gene-

rellen Konzept, u.a. Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs, das für den gesamten Bezirk erforderlich wäre. Denn gegen weniger Verkehr, Lautstärke und Feinstaub vor der Haustür hat niemand etwas.

Seniorenvertretung wartet seit Jahren auf versprochenes WLAN

Immer wieder machten Seniorenvertreter:innen das Bezirksamt auf fehlendes WLAN in den Seniorenfreizeitstätten (SFS) aufmerksam. Dabei wurde deren Ausstattung mit WLAN bereits vor Jahren von der BVV beschlossen.

In einer Mündlichen Anfrage von DIE LINKE wurde nun nachgefragt, wie der Stand der WLAN-Ausstattung sei bzw. woran die bisherige Umsetzung scheiterte. Stadtrat Steuckardt (CDU) weißt jede Schuld von sich: „Für alle SFE wurde durch das Bezirksamt vor mehreren Jahren die Einrichtung freien WLANs über die Senatsverwaltung beantragt. Eine Umsetzung erfolgte bisher nicht.“ Dann übernahm der Bezirk, jedoch blieb es bei einer halbherzigen Ausstattung, denn „dieses WLAN ist (...) nicht für die gleichzeitige Nutzung durch viele Menschen ausgelegt....“. Die Seniorinnen und Senioren werden erst Mal weiter getröstet mit einer Prüfung, wann die SFE mit WLAN dran sind, jedoch sollen davor auch die Finanzen geprüft werden. DIE LINKE stellt fest, dass das Engagement, das der Stadtrat vorgibt, sich nicht mit einem zufriedenstellenden Ergebnis deckt, das hat inzwischen auch schon die Seniorenvertretung wahrgenommen.

Elisabeth Wissel

Ehrung am 9. Mai zum Tag der Befreiung vom Faschismus

Am 9. Mai haben wir am Sowjetischen Ehrendenkmal im Treptower Park einen Gedenkranz niedergelegt. 13 Millionen Soldaten der Roten Armee sind im zweiten Weltkrieg gefallen. Dem 8. Mai – der Tag der Befreiung – und dem 9. Mai – der Tag des Sieges – liegt die selbe, um kurz nach Mitternacht

des 9. Mai 1945 in Karlshorst unterschriebene und rückwirkend zum 8. Mai geltende Kapitulationserklärung zugrunde. Deshalb gedenken wir den 13 Millionen gefallen Soldaten der Roten Armee am 8. und 9. Mai.

Stanislav Jurk

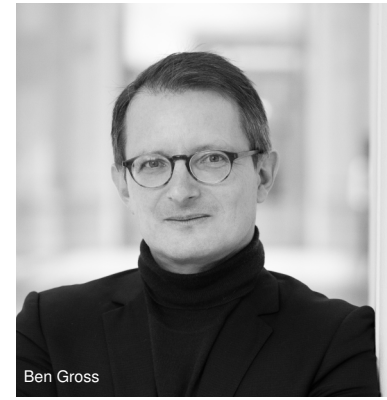


Sahra Wagenknecht in Marienfelde



Der Abgeordnete Alexander King eröffnet sein Wahlkreisbüro in Marienfelde am 6. Juli 2023. Beginn: 16 Uhr mit Musik, Hüpfburg, Kaffee und Kuchen. Um 17 Uhr tritt Sahra Wagenknecht als Hauptrednerin der Eröffnungsfeier auf.

Linkes Kiezbüro, Hildburghäuser Str. 29, 12279 Berlin



Ben Gross

Alexander King MdA
buero[at]alexander-king.de
www.alexander-king.de
LINKES KIEZBÜRO
Hildburghäuser Str. 29
12279 Berlin
Tel: (030) 40 74 89 79
Do.: 10-16 Uhr

Sprechstunden:

Harald Gindra, BVV:

1. und 3. Freitag 12-16 Uhr

Sozialberatung:

Marianne Lampel, Dipl.
Sozpäd.:

1. und 3. Montag, 15-17 Uhr

Mit Voranmeldung unter:
mail@lampelbetreuung.de

Runder Tisch Marienfelde

2. Do. im Monat, 19-21 Uhr
und 4. Sa. im Monat 13-15 Uhr



1. Mai - Schluss mit den Waffenlieferungen. Friedensverhandlungen jetzt. DIE LINKE. Tempelhof-Schöneberg

DIE LINKE. Tempelhof-Schöneberg

Bezirksgeschäftsstelle:

Feurigstr. 68, 10827 Berlin
Öffnungszeiten i.d.R.:
Di. und Do.: 12-18 Uhr
Mo. und Fr. 12-15 Uhr
(während der Ferienzeit Mo.
und Fr. geschlossen)

Tel. : +49 30 21 997 140

Fax: +49 21 729 26

E-Mail: [bezirk\[at\]dielinke-tempelhof-schoeneberg.de](mailto:bezirk[at]dielinke-tempelhof-schoeneberg.de)

Webseite: www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de

Termine

Wahlversammlung

1. Juli 11-13 Uhr, Wahl der Landesvertreter:innen zu den EU-Wahlen

Bezirksvorstand

06.06., 04.07.2023, 19 Uhr

Basisorganisation in

Schöneberg

27.06.23, 19 Uhr

Marxistischer Lesekreis

24.06.2023, 17 Uhr

Basisorganisation in

Tempelhof

22.06.23, 19 Uhr

Veranstaltungen:

Die neue Außenpolitik ... mit

Michael Lüders, 31.08.2023
19 Uhr, Karl-Liebknecht-Haus

Runder Tisch Marienfelde

2. Do. im Monat, 19-21 und
4. Sa. im Monat 13-15 Uhr

Nachbarschaftsfest

10.06. ab 12 Uhr, Rathaus
Schöneberg

Sozialrechtsberatung

Claus Förster, RA und
Marianne Lampel, Dipl.
Sozpäd.: 2. Dienstag im
Monat, 16 Uhr in der Roten
Insel. Gerne mit Anmeldung.



Am
10.05.23
jährte sich
zum 90.
Mal die
Bücher-
verbren-
nung auf
dem
Bebelplatz.

Hier hatte das Naziregime am 10.05.1933 mit Helfern ca. 20.000 Bücher namhafter deutscher Schriftsteller wie z. B. Karl Marx, Erich Maria Remarque, Erich Kästner, Bertold Brecht, Kurt Tucholsky u. v. a. aus Bibliotheken konfisziert und auf dem Bebelplatz verbrannt. Weitere 3000 Bücher standen auf der "schwarzen Liste". Mit dieser Verbrennung sollten die geistigen Grundlagen der Weimarer Republik vernichtet werden. Nicht nur Berlin war betroffen, sondern auch viele andere deutsche Städte. Vor 20 Jahren hatte Dr. Gesine Löttsch, MdB der Partei DIE LINKE, aus diesem Anlass

einen jährlichen Gedenktag ins Leben gerufen. Sie war auch in diesem Jahr Gastgeberin. Sie erinnerte daran, dass vor 50 Jahren beim Putsch in Chile ebenfalls Bücher verbrannt wurden. So wurde u. a. aus dem Canto General von Pablo Neruda gelesen - eines der Bücher, die durch die chilenische Militärjunta verbrannt wurden. Im Verlauf der Veranstaltung lasen u.a. Beate Klarsfeld, Petra Pau, Gregor Gysi, Tania Hidalgo, Anita Prestes (Tochter von Olga Benario Prestes) sowie verschiedene Schauspieler Texte der seinerzeit verbotenen Schriftsteller.

Abschließend wurden Blumengebinde auf die Glasscheibe gelegt. Man blickt in einen weissen, leeren Raum, auf Regale einer Bibliothek ohne Bücher.

"Dort, wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen" - Heinrich Heine.
Mögen diese Zeiten nie wieder kommen!

Marianne Lampel

Mieter-Aufruf: Gentrifizierung - Wir sind an Ihren Erfahrungen interessiert!

DIE LINKE als kleine Partei in einem großen Bezirk kann nicht überall sein. Wir wollen aber herausfinden, in welchem Umfang und mit welchen Methoden sich Ihre Nachbarschaft verändert. Warum Mieter mit kleinem Einkommen wegziehen müssen und sich die sogenannte „Aufwertung“ von Kiezen breit macht.

Helfen Sie uns dabei! Mieter-Notrufe: Mi. 15-17 Uhr, Tel: 902 77 48 98 per E-Mail an: [kontakt\[at\]linksfraktion-ts.de](mailto:kontakt[at]linksfraktion-ts.de) oder per Post an: DIE LINKE. Tempelhof-Schöneberg, Feurigstraße 68, 10827 Berlin

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Redaktion: DIE LINKE. Tempelhof-Schöneberg; Berliner Bank IBAN: DE 75 1007 0848 0525 6078 06 BIC: DEUTDEDB110;

Erscheinungsweise: 10-12x jährlich; diese Ausgabe: Auflage: 1000 Exemplare; V.i.S.d.P.: Bezirksvorstand, Martin Rutsch; Layout: G. Irazoque; Druck: Druckerei Gottschalk; Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des Autors oder der Autorin wieder und entsprechen nicht immer der Meinung der Redaktion oder des Bezirksvorstandes. Planung für die nächste Ausgabe: 06.06.2023, Redaktionsschluss der Sommer-2023-Ausgabe: 18.05.2023. Schlussredaktion: 26.05.2023. Diese Ausgabe erscheint voraussichtlich online am 01.06.2023. In Druckversion am 05. Juni 2023.